

Stand: 15.04.2026 12:44:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/4082

"Anhörung zur wirtschaftlichen Nutzbarmachung kerntechnischer Nebenprodukte"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/4082 vom 10.10.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/4945 des WI vom 24.10.2019
3. Beschluss des Plenums 18/5273 vom 05.12.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 34 vom 05.12.2019



Antrag

Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl, Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang und Fraktion (AfD)

Anhörung zur wirtschaftlichen Nutzbarmachung kerntechnischer Nebenprodukte

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung führt eine Expertenanhörung zum Thema „Wirtschaftliche Nutzbarmachung kerntechnischer Nebenprodukte: Chancen und Nutzen neuer Technologien im Bereich der Kernenergie“ durch.

Begründung:

Die Kerntechnik genießt international großes Ansehen, insbesondere in unserem Nachbarland Frankreich. Seit einigen Jahren gibt es theoretische Fortschritte im Bereich der wirtschaftlichen Nutzung unerwünschter Nebenprodukte von Kernenergie. Beispielsweise ist der sogenannte „Schnelle Brüter“ eine vielversprechende Technologie, die mittelfristig ein großes Potenzial hat, um Rückstände aus Kernkraftwerken ökonomisch nutzbar zu machen. Als technologieoffenes Land sollte Bayern alle Möglichkeiten ausschöpfen, sich über Fortschritte moderner Technologien zu informieren und diese gegebenenfalls unterstützen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Drs. 18/4082

Anhörung zur wirtschaftlichen Nutzbarmachung kerntechnischer Nebenprodukte

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Gerd Mannes**
Mitberichterstatter: **Alexander König**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 14. Sitzung am 24. Oktober 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Sandro Kirchner
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl, Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/4082, 18/4945

Anhörung zur wirtschaftlichen Nutzbarmachung kerntechnischer Nebenprodukte

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Gerd Mannes

Abg. Alexander König

Abg. Rosi Steinberger

Abg. Andreas Winhart

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Florian von Brunn

Abg. Albert Duin

Abg. Raimund Swoboda

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe die **Listennummer 28** der **Anlage zur Tagesordnung** auf:

Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)

Anhörung zur wirtschaftlichen Nutzbarmachung kerntechnischer Nebenprodukte (Drs. 18/4082)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist der Abgeordnete Gerd Mannes, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Ab den 1960er-Jahren haben die Bundesregierungen parteiübergreifend am Einstieg in die Kernkraft gearbeitet. Deutschland und speziell Bayern haben von dieser Entwicklung profitiert, weil damit eine zuverlässige Stromversorgung für den Aufbau unseres Industriestandorts möglich war. Für die Endlagerung des vorhandenen Atommülls liegt bisher keine Lösung auf dem Tisch. Die Staatsregierung verschließt die Augen vor der aktuellen Situation. Der Ministerpräsident hat kürzlich ausgeschlossen, dass Bayern zum Endlagerstandort wird. Dies werden die anderen Bundesländer ähnlich sehen. "Aus den Augen, aus dem Sinn" – nach diesem Motto scheint die Staatsregierung mit den nuklearen Abfällen aus unseren Kernkraftwerken umzugehen. Dabei gibt es neue Verfahren, mit denen der Atommüll stark reduziert werden kann und eine Endlagerung weitgehend entfällt. Diese innovativen Technologien wandeln langlebige Nuklide in kurzlebige um. Dabei kann aus den nuklearen Abfällen Energie gewonnen werden. Die erforderliche Lagerdauer nimmt von vielen Hunderttausend Jahren auf wenige Hundert Jahre ab. Risiken für Mensch und Natur

lassen sich minimieren, und die kostspielige Endlagerung entfällt. Unsere nuklearen Abfälle könnten sogar zu wertvollen Rohstoffen umgewandelt werden.

Die Schweiz, China, Russland und weitere Staaten arbeiten derzeit gemeinsam und ideologiefrei an Reaktoren, mit denen sich der Atommüll technisch verwerten und entschärfen lässt. Die AfD-Fraktion hat deswegen eine Anhörung im Wirtschaftsausschuss zum Sachstand der Nutzbarkeit kerntechnischer Nebenprodukte beantragt. Den Abgeordneten wäre damit eine präzise Einschätzung der aktuellen Situation ermöglicht worden.

(Zuruf: Freie Rede!)

Unser Antrag wurde leider abgelehnt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Vorlesestunde!)

Wie sollen sich die Abgeordneten des Landtags eine wissenschaftlich fundierte Meinung bilden, wenn sie sich der Expertise von Fachleuten verweigern? Das ist nicht professionell.

(Beifall bei der AfD – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Bravo!)

Auch wenn der Kernenergieausstieg bei den Altparteien weitgehend Konsens ist, darf der Landtag vor der Problematik des Atommülls nicht die Augen verschließen.

Selbst das Bundeswirtschaftsministerium hat vor Kurzem ein Projekt zur Partitionierung und Transmutation nuklearer Abfälle in Auftrag gegeben und entsprechend gefördert. Verschiedene deutsche Universitäten forschen an der Nutzbarmachung der nuklearen Abfälle. Leider scheint die Staatsregierung kein Interesse an technischer Innovation zu haben.

(Zuruf)

– Doch, doch. Das ist so.

Dabei hat die Thematik auch eine europäische Dimension. In der EU sind derzeit rund 120 Kernreaktoren am Netz, in 10 Mitgliedstaaten sind neue Kernkraftwerke in Planung oder im Bau. Die EU erforscht über die Europäische Atomgemeinschaft EURATOM neue technische Konzepte inklusive der Nutzbarmachung nuklearer Abfälle. Wenn wir schon nicht aktiv an dieser Entwicklung teilnehmen, so sollten die Abgeordneten wenigstens über die aktuellen technischen Möglichkeiten informiert sein, damit sie auch in Zukunft mitreden können.

Wer heute diesen Antrag ablehnt, verabschiedet sich aus dem wissenschaftlich fundierten Diskurs. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei den GRÜNEN und der SPD – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Atomkraft für Deutschland! Zurück in die Steinzeit!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist der Abgeordnete Alexander König.

Alexander König (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Gesetzgebungsbefugnis für diesen ganzen Themenbereich ist ausschließlich beim Bund. Der Bayerische Landtag kann als Gesetzgeber hier überhaupt nicht tätig werden. Schon allein deshalb ergibt eine Anhörung zu diesem Themenkreis keinen Sinn, sondern wäre Zeit- und Geldverschwendung.

Unabhängig davon, Kolleginnen und Kollegen, hat der alleine zuständige Bundesgesetzgeber bereits im Jahr 2005 im Atomgesetz festgelegt, dass die Wiederaufbereitung kerntechnischer Elemente in Deutschland ausgeschlossen wird und diese endzulagern sind.

Nun ist auch mir bekannt, dass nicht nur am klassischen Stammtisch, sondern auch am Wissenschaftsstammtisch, wenn man ihn zusammenkommen lässt, über das Für und Wider der Kerntechnik durchaus unterschiedliche Meinungen zustande kommen können. Ich bitte auf der anderen Seite aber auch zu sehen, dass es in diesem Land

seit vielen Jahren einen großen gesellschaftlichen und politischen Konsens dahin gehend gibt, die Kerntechnik nicht weiter zu nutzen. Auch von daher hat das keinen Sinn.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Falsch! Es gibt keinen Konsens!)

– Sie wollen es halt nicht hören, weil Sie hier immer irgendein Schauspiel aufziehen wollen, auch zu Themen, für die wir überhaupt nicht zuständig sind.

Wir lehnen jedenfalls diese Anhörung aus diesen sachlichen Gründen ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Mannes.

Gerd Mannes (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Herr König, ich will einfach noch mal nachfragen. Wir haben nun mal diesen Atommüll. Ich möchte um Ihre Meinung bitten. Was ist Ihrer Meinung nach besser: diesen Atommüll zu verbrennen, sodass er nicht mehr hunderttausend Jahre strahlt, oder ihn in ein Loch zu werfen, wo er noch für Hunderttausende Jahre gefährlich ist?

Ich frage mich natürlich schon: Wo soll dieses Endlager sein? Würden Sie es in Ihrem Wahlkreis nehmen? – Ich denke, nicht. Das wäre eine Lösung des Problems, das wir nun mal geschaffen haben.

Alexander König (CSU): Also unabhängig davon, Herr Kollege Mannes, dass es auf meine persönliche Meinung zu dem Themenkreis nicht ankommt, wäre zu dem, was ich schon ausgeführt habe, als weiterer Grund, der gegen diese Anhörung spricht, hinzuzufügen, dass die wissenschaftlichen Überlegungen, die Grundlage Ihres Antrags sind, höchst ungewiss sind. Es ist höchst ungewiss, ob irgendeines dieser wissenschaftlichen Modelle Aussicht auf Verwirklichung hat.

Zuständig sind wir nicht, und ich wäre wirklich dankbar, Herr Kollege Mannes, wenn Sie davon absehen würden, den Landtag ständig mit Themenkreisen zu beschäftigen, bei denen er überhaupt nichts mitzureden hat,

(Widerspruch bei der AfD)

und Ihre Kräfte darauf konzentrieren würden, diese Themenkreise dort diskutieren zu lassen, wo sie hingehören, in dem Fall im Deutschen Bundestag, weil das der zuständige Gesetzgeber ist.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächste Rednerin darf ich Frau Rosi Steinberger, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, aufrufen.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diesen Antrag der AfD-Fraktion lehnen wir ab. Ich glaube, Sie haben noch nicht verstanden, dass die Zeit der Atomkraft in Deutschland endgültig zu Ende ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie führen hier eine Debatte, die überhaupt nicht mehr dem Zeitgeist entspricht. Wir brauchen andere Energieformen; wir brauchen erneuerbare Energien. Das, was Sie sich erträumen, die technische Umformung des Atommülls, ist ein theoretisches Konstrukt, das praktisch überhaupt nicht umsetzbar ist.

Ich habe einmal nachgelesen, wie viele Milliarden Euro man bräuchte, um auch nur einen Ansatz des Wissens darüber zu erhalten, was dabei möglich sein könnte. Diese Milliarden, liebe Kolleginnen und Kollegen, setzen wir doch lieber in Zukunft für den Ausbau der erneuerbaren Energien ein. Diese Technik haben wir bereits. Setzen wir unser Geld doch dafür ein, und nicht für eine Technologie, die ins letzte Jahrhundert gehört.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Steinberger, kommen Sie bitte zurück. – Es folgt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Winhart.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrte Kollegin, ich habe zwei Fragen:

Erstens. Ist Ihnen bekannt, dass bayerische Universitäten, sprich die TU München, an der Erforschung genau dieses Themas beteiligt sind? Mich würde schon interessieren: Wie stehen Sie zu dieser Forschung? Haben sie auch die Freiheit, dies zu erforschen, und wofür soll diese Forschung früher oder später gut sein?

Zweitens. Sie sind Vertreterin der GRÜNEN. Die GRÜNEN haben sich massiv gegen Gorleben als Endlager, eigentlich gegen alles, was mit Atom zu tun hat, gestellt. Jetzt haben wir die Chance, diesen Atommüll zu verwerten und weniger gefährlich zu machen. Was ist Ihre Lösung für den jetzt existierenden Atommüll? Bleibt er in Gorleben? Was passiert damit?

Rosi Steinberger (GRÜNE): Zu Ihrer zweiten Frage: Wir haben eine Endlagersuchkommission. Wir haben uns endlich auf den Weg gemacht, ein Endlager in Deutschland zu suchen. Das ist sehr lange versäumt worden; das ist richtig. Dazu gehört eine weiße Landkarte. Die Gespräche und Untersuchungen laufen und sollen fortgeführt werden.

Zu Ihrer ersten Frage: Sie sagten, dass die TU München daran forscht. Mir ist kein Forschungsprojekt bekannt. Mir ist nur bekannt, dass es eine Doktorarbeit gibt, wobei man allerdings noch weit davon entfernt ist, in eine praktische Umsetzung zu kommen. Deshalb ergibt es für mich überhaupt keinen Sinn.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist der Abgeordnete Rainer Ludwig, Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die verheerenden Nuklearkatastrophen von Fukushima und Tschernobyl sind uns allen wohl noch lebhaft in Erinnerung. Im Nachgang dazu hat der Deutsche Bundestag bereits im Jahr 2011 parteiübergreifend und mit überwältigender Mehrheit die Beendigung des Leistungsbetriebs der deutschen Kernkraftwerke und somit auch den Kernkraftausstieg beschlossen. Diese Entscheidung wurde auch von uns und von der Bayerischen Staatsregierung vehement eingefordert und massiv unterstützt. Im Jahr 2022 wird nun das letzte Kernkraftwerk in Deutschland endgültig vom Netz gehen.

Der Ausstieg aus der Atomenergie ist ein gesamtgesellschaftlicher Konsens, der von den Bürgern, der Wirtschaft und der Politik vollumfänglich mitgetragen wird.

(Zuruf von der AfD: Nein!)

– Außer von Ihnen natürlich.

(Zuruf von der AfD: Ja!)

Dieser Schritt von uns ist gleichzeitig ein klares Bekenntnis zur Energiewende und bedeutet einen enormen Schub für erneuerbare Energien.

Wir FREIEN WÄHLER gehen die Energiewende technologieoffen an. Sie soll nachhaltig, versorgungssicher, bezahlbar und dezentral sein, mit regionaler Wertschöpfung. Erst in der letzten Woche hat an dieser Stelle unser bayerischer Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger eine Regierungserklärung zum Thema "Bayerisches Aktionsprogramm Energie" gehalten und ein klares Votum zum Ausbau der erneuerbaren Energien abgegeben. Deswegen gibt es von uns ein ebenso klares wie uneingeschränktes Nein zur Atomkraft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Atomgesetz verbietet darüber hinaus allein schon aus rechtlichen Gründen die Genehmigung neuer Kernkraftwerke in Deutschland. Dieses Thema nun wieder auf die Agenda zu nehmen und dann auch noch unter dem Vorwand der Atommüllentsorgung hieße, einen katastrophalen Irrweg in die Zukunft fortzusetzen. Von diesen Irrwegen beschreiten Sie in der AfD ja viele. Das haben wir den Debatten heute Nachmittag klar entnehmen können.

Die Zeiten von Kernkraftwerken und unsäglichen Atommülltransporten quer durch Deutschland sind nun wahrlich lange vorüber. Eine Stromerzeugung, bei der hoch giftiger Müll entsteht, der für die nächsten Tausende von Jahren für Mensch und Natur gefährlich bleibt, kann doch keine Zukunftstechnologie sein, meine Damen und Herren. Insofern hat es wenig Sinn, über dieses Thema überhaupt noch zu diskutieren.

(Zurufe von der AfD)

In Ihrem Antrag erwähnen Sie die schnellen Brüter, die angeblich eine vielversprechende Technologie darstellen und ein großes Potenzial haben, Rückstände aus Kernkraftwerken ökonomisch nutzbar zu machen. Ich widerspreche Ihnen hier entschieden. Schnelle Brüter sind nicht neu, sie sind kaum wirtschaftlich nutzbar, und das trotz der Milliarden von Euro, die man bereits in die Erforschung und Erprobung gesteckt hat. Diese schnellen Brüter werden seit Jahrzehnten immer wieder von der Atomlobby als Heilsbringer in der Kerntechnik verkauft. Sie seien sicher, sie seien günstig, sie seien grün und noch dazu eine Eins-a-Entsorgung unseres Atommülls.

(Zuruf von der AfD)

Keines dieser Versprechen hat sich bisher bestätigt, ganz im Gegenteil. Nuklearexperten, zum Beispiel von der Princeton University, haben eine ernüchternde Bilanz gezogen. In ihrem Bericht heißt es: Nach sechs Jahrzehnten und mehreren zig Milliarden ausgegebenen Dollars bleibe das Versprechen von Brutreaktoren weitgehend unerfüllt. Keine der sinnvollen Annahmen haben sich bewahrheitet. Diese Brüter sind prin-

zipiell unwirtschaftlich, unzuverlässig und gefährlich. – So viel, meine Herren, meine Damen, zur Expertise von Fachleuten.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Nutzlos und gefährlich wie die AfD!)

Zudem bräuchten Sie für schnelle Brüter auch noch eine riesige Infrastruktur, zum Beispiel für den Transport des Atommülls, für die Aufbereitung. Aber das ist alles Vergangenheit. Das ist eine Infrastruktur, die wir in unserem Land ganz sicher nicht mehr haben wollen.

Das sind aus unserer Sicht triftige Gründe dafür, dass eine Anhörung zu diesem Thema nicht erforderlich, ja, überflüssig ist. Deswegen lehnen wir FREIEN WÄHLER Ihren Antrag, der schon im Fachausschuss ausführlich diskutiert wurde, heute erneut ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist der Abgeordnete von Brunn, SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen unerschöpfliche, sichere und saubere Energiequellen, regenerative Energie nutzen, wir wollen die Verkehrswende. Wir wollen nicht wieder für Milliarden und Abermilliarden in die hoch gefährliche Atomwirtschaft einsteigen oder gar in die Plutoniumwirtschaft, hochgiftig und hoch radioaktiv, so wie es Ihnen vielleicht von Ihrem Freund Putin empfohlen wird. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner: Albert Duin, FDP-Fraktion.

Albert Duin (FDP): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Keiner hat zu dem Antrag geredet. Mit ihm wird eine Anhörung beantragt. Als wir das im Aus-

schuss beraten haben, hatte ich Sympathie dafür. Wir sind den anderen Parteien unterlegen, und jetzt bringt ihr von der AfD das hier wieder ein, nur um noch einen populistischen Aufschlag zu haben. Das ist doch Unsinn!

Haltet euch an die demokratischen Gepflogenheiten! Jeden Antrag hochzuziehen, der in den Ausschüssen bereits ganz klar abgelehnt worden ist, ist eine Unverschämtheit. Deswegen werde ich meiner Fraktion empfehlen, den Antrag auch jetzt abzulehnen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP, der CSU, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich den fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda auf.

(Unruhe)

– Ich darf um Ruhe bitten.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste!

(Unruhe – Zuruf: Ruhe jetzt! – Glocke des Präsidenten)

Sehr geehrter Herr Duin, es ist nicht alles so heiß zu essen, wie es hier bei uns in diesem Hohen Hause gekocht wird. Darum sollten wir jegliche Aufregung herunterfahren.

Der Dame von den GRÜNEN sage ich: Wenn Sie glauben, dass im Leben oder in der Welt etwas endgültig ist, dann täuschen Sie sich. Auch die Entscheidung zur Kernenergie muss nicht von absoluter Dauer sein, sondern auch diese Frage ist relativ.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Heute ging es eigentlich – so habe ich es verstanden – um die wissenschaftliche Nutzung, und es ging um die Nutzung von Abfallprodukten aus der Kernenergie zum Wohle des Bürgers. Gehen Sie jetzt mal ein Stückchen weiter: Sie alle sind jeden Tag

mit den Segnungen der Kernenergie konfrontiert, nämlich bei allen tomografischen Untersuchungen, röntgenologischen Untersuchungen im medizinischen Bereich. Dabei fällt auch Abfall an. Sie alle wollen das immer wegdiskutieren. Nein, die Kernproblematik, der wissenschaftliche Umgang damit, ist eine Fortschrittsfrage.

Das habe ich neulich bei dem Energiebericht von Herrn Aiwanger gesagt, und das sage ich Ihnen heute: Man darf nicht alles in Bausch und Bogen ausschließen, nur weil es vom rechten Rand kam. Da kommt halt manchmal etwas, was Sie nicht gleich aufnehmen wollen. Aber dem linken Rand sollten Sie auch nicht immer auf die Schaufel springen. Darum bitte ich um Gelassenheit. Lassen Sie sich die Türen offen, die offenbleiben müssen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen.

(Unruhe)

Darf ich um Ruhe bitten? – Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte – –

(Anhaltende Unruhe – Christoph Maier (AfD): Herr Heubisch, könnten Sie für Ruhe sorgen?)

– Herr Abgeordneter, das hatte ich gerade, vor circa 30 Sekunden, gesagt. Sie können sicher sein, dass ich zur Ruhe ermahne.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Wer Enthält sich? – Das ist der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zurück zur namentlichen Abstimmung. Jetzt geht es um die Listennummer 21, den Antrag der Abgeordneten Richard Graupner, Katrin Ebner-Steiner, Prof. Dr. Ingo Hahn und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "Zahlen der per Flugzeug einreisender Asylbewerber wieder öffentlich zugänglich machen!", Drucksache 18/3890. Die Abstimmung ist eröffnet. Die Abstimmungszeit beträgt fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 17:32 bis 17:37 Uhr)

Die Abstimmungszeit ist vorbei. Die Abstimmung ist geschlossen. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass die Sitzung noch nicht geschlossen ist. Wir warten jetzt noch auf das Ergebnis der Abstimmung, ich schätze, circa sieben bis acht Minuten. Ordnung geht vor Schnelligkeit. Ich bitte Sie, so gut es geht, noch bis zur Bekanntgabe im Saal zu bleiben.

(Unterbrechung von 17:38 bis 17:40 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Es geht um den Antrag der AfD betreffend "Zahlen der per Flugzeug einreisender Asylbewerber wieder öffentlich zugänglich machen!" auf Drucksache 18/3890. Mit Ja haben 16 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 129 Abgeordnete gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Verehrte Damen und Herren, wir sind am Ende der Sitzung. Ich darf Ihnen allen – und zwar auch den Besuchern, die so lange bei uns im Bayerischen Landtag ausgeharrt haben, vielen Dank für Ihren Besuch – einen guten Nachhauseweg wünschen. Bis nächste Woche zu zwei oder drei Tagen Sitzung. Einen schönen Abend! Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 17:41 Uhr)